

# Pressestatement



---

Nr. 55/18 vom 10.09.2018

---

Anzahl der Anschläge: 2.885  
Abrufbar unter: [www.gdw.de](http://www.gdw.de)

---

## **Pressestatement Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW zum SPD- Papier 'Mietenwende'**

Angesichts des laut Medienberichten in Bearbeitung befindlichen 12-Punkte-Plans von Andrea Nahles und Thorsten Schäfer-Gümbel forderte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft:

10 "Natürlich gibt es Probleme auf den Wohnungsmärkten und diese sind auch hinlänglich bekannt. Die Politik muss den Menschen endlich reinen Wein einschenken und zugeben, dass das Wohnungsproblem in absehbarer Zeit nicht in sozialverträglicher Weise in den Städten allein gelöst werden kann. Daran wird auch ein Mietenstopp oder sonstige populistische Äußerungen und Maßnahmen nichts ändern. Zumal ein Koppeln der Mieterhöhung an die Inflationsrate besonders diejenigen Vermieter treffen würde, die beispielsweise seit vielen Jahren die Mieten gar nicht erhöht haben und so für besonders bezahlbaren Wohnraum gesorgt haben."

20 Gedaschko forderte ein Umdenken bei der Wohnungspolitik. "Die entwicklungsfähigen Städte in den ländlichen Regionen müssen in die Überlegungen für mehr bezahlbaren Wohnraum einbezogen werden. Sie können die Ballungsregionen signifikant entlasten - aber nur wenn Infrastruktur und Umfeld stimmen. Dazu gehören gute Verkehrsanbindungen ebenso wie schnelles Internet. Damit sollte sich die Politik endlich beschäftigen, anstatt durch Rufe nach Mietenstopps noch mehr für Verunsicherung zu sorgen."

"Darüber hinaus zeigt jeder Eingriff ins Mietrecht und sogar die Eigentumsrechte, der über das hinausgeht, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist, dass das Ende der Fahnenstange immer noch nicht erreicht ist. Das ist ein fatales Signal gerade für die Investoren, die bezahlbare Wohnungen bauen sollen. Und es ist lediglich ein weiterer untauglicher Versuch, die bestehende Mangelsituation am Wohnungsmarkt zu verwalten, anstatt sie zu ändern. Es wäre wesentlich besser, die Unternehmen zu unterstützen, die bezahlbare Wohnungen schaffen - zum Beispiel bei der Vergabe von Grundstücken."

30 Gedaschko forderte Andrea Nahles und Thorsten Schäfer-Gümbel auf, sich endlich den wirklichen Problemen am Wohnungsmarkt widmen und nicht über populistische Äußerungen noch mehr Verunsicherung in der Bevölkerung und bei den Investoren zu schüren. "Die Wohnungsfrage ist immens wichtig, aber es gilt nun, echte praktische Lösungen zu finden, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu gehören bezahlbare Grundstücke, niedrigere Baukosten und schnellere Baugenehmigungsverfahren und ein Fokus auch auf die entwicklungsfähigen Städte in den ländlichen Regionen. Stärkere Regulierungen wie allgemeine Mietenstopps treffen gerade die, die sich besonders um die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen kümmern. Dies wäre eine weitere kontraproduktive Maßnahme, die am Ende weder den Mietern noch den Vermietern nutzen wird. Damit würde sich auch die Politik ins eigene Fleisch schneiden." Gedaschko appellierte an die SPD, sich an die Abmachungen im Koalitionsvertrag zu halten.

40 Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.